



Nr. 13

4. April 2013

## Inhalt

[dbb Vize fordert Korrektur beim Länderfinanzausgleich –  
Eigentümer: Passivspirale bei der Betriebsprüfung stoppen+++](#)  
[dbb: Besoldungsdeckel zerstört Systematik der Bezahlung im  
öffentlichen Dienst+++](#)  
[dbb für Erhalt des Solidaritätszuschlags – Geld zum  
Schuldenabbau nutzen+++](#)  
[dbb Jugend zu Gleichstellung: Staat macht sich unglaubwürdig+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW: „Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren“+++](#)  
[dbb mecklenburg-vorpommern: Wir brauchen Übernahme des  
Tarifergebnisses eins zu eins+++](#)  
[NBB begrüßt Beschluss zum Urlaub für Beamte+++](#)  
[dbb berlin: Wowereit soll sich für Beamte einsetzen+++](#)  
[dbb saar fordert Steuererhöhungen zum Schuldenabbau  
und Erhalt eines funktionsfähigen öffentlichen Dienstes+++](#)  
[DPhV und VDR sehen Baden-Württembergs Schulen  
„auf dem Weg in die Mittelmäßigkeit“+++](#)  
[BDF gegen Streichung des Waldklimafonds+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## **dbb Vize fordert Korrektur beim Länderfinanzausgleich – Eigenthaler: Passivspirale bei der Betriebsprüfung stoppen**

**(dbb) Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, verlangt von den Bundesländern, den Finanzämtern mehr Betriebsprüfer zur Verfügung zu stellen und entsprechende Stellen zu schaffen.**

In der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe vom 3. April 2013) kritisierte Eigenthaler die traditionell „laxe“ Haltung vieler Landesregierungen beim Eintreiben von Steuern: „Ihre Linie war immer: Was sollen wir unsere Unternehmen so knechten?“ Den Staatshaushalt würden so wichtige Einnahmen fehlen, sagte Eigenthaler, denn ein Betriebsprüfer koste im Schnitt 80.000 Euro im Jahr, „aber jeder einzelne holt etwa eine Million Euro zusätzlich an Steuern herein“.

Der dbb Vize machte für die fehlende Personalausstattung indirekt auch den Länderfinanzausgleich verantwortlich: „Er führt zu einer Passivspirale nach unten. Diejenigen Länder, die in das System einzahlen, denken sich: Warum sollen wir in Personal investieren, wenn wir auf den Kosten dafür zu 100 Prozent sitzen bleiben, die Einnahmen aber zu 95 Prozent in das Ausgleichssystem fließen? ... Aber bei den Nehmerländern ist der Mechanismus im Grunde derselbe. Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise hat die Zahl seiner Betriebsprüfer und Steuerfahnder reduziert. Das Argument in Schwerin: Wir wollen uns doch nicht die wenigen Unternehmen vergraulen, die wir noch haben - zumal wir die Steu-

ern, die Betriebsprüfer ausschlagen würden, doch mit viel weniger Aufwand über den Finanzausgleich kriegen.“

Abhilfe könnte hier eine Veränderung in der Systematik des Finanzausgleiches bringen. Eigenthaler: „Im Grunde müssten es die Länder untereinander genauso machen wie die Steuerzahler in ihrer Steuererklärung auch. Alle Kosten, die Ihnen für Ihre Berufstätigkeit entstehen, setzen Sie doch vorher ab. Dem entsprechend sollte jedes Land vor einem Finanzausgleich zunächst den Betrag abziehen dürfen, den es für das Eintreiben der Steuern aufwendet. Solange das nicht möglich ist, lässt es jeder, sich anzustrengen. Darüber hinaus ist der Bundesfinanzminister gefordert: Die Länder machen die Finanzverwaltung doch im Auftrag des Bundes. Der Bund bekommt die Hälfte des Aufkommens aus Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Der Auftraggeber müsste also seinen Auftragnehmern stärker auf die Finger schauen, wie in der Privatwirtschaft auch. Zielvereinbarungen zwischen Bund und Ländern wären ein gutes Mittel.“

(01/13/13)

## **dbb: Besoldungsdeckel zerstört Systematik der Bezahlung im öffentlichen Dienst**

**(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat das Auseinanderdriften der Beamtenbesoldung auf Landesebene erneut kritisiert. Die Tendenz, dass sowohl der Zeitpunkt als auch die Höhe der Besoldungsanpassung und der Geltungsbereich von Land zu Land unterschiedlich gehandhabt werde, sei durch nichts zu rechtfertigen, sagte Dauderstädt der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 28. März 2013).**

„Die Entwicklung gewinnt inzwischen offenkundig eine ganz neue Qualität“, so der dbb Chef. Die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses im Länderbereich sei sachlich begründet und ein Gebot der Fairness. Dass Tarifergebnisse verzögert auf die Besoldung übertragen würden, sei für die Beamten schon ärgerlich, kritisierte er. Nun entstehe

aber überdies ein grundsätzliches Problem. „Wenn je nach landespolitischer Situation auch noch gesonderte und teils gestufte Besoldungsdeckel eingeführt werden, dann zerstört das über kurz oder lang die ganze Systematik einer nach Anforderungen und Erfahrung gestaffelten Bezahlung im öffentlichen Dienst“, warnte er. Gerade vor dem Hintergrund der

demografischen Entwicklung und der zu erwartenden Probleme bei der Nachwuchsgewinnung seien die von einigen Landesregierungen

geplanten Sonderopfer der Beamten kontraproduktiv.  
(02/13/13)

## **dbb für Erhalt des Solidaritätszuschlags – Geld zum Schuldenabbau nutzen**

**(dbb) Für den Erhalt des Solidaritätszuschlags hat sich der Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Klaus Dauderstädt, ausgesprochen. Das Geld müsse in den Abbau der Staatsschulden gesteckt werden, forderte der dbb Chef in einem Gastbeitrag für die Zeitschrift „SUPERillu“ (Ausgabe vom 27. März 2013).**

„Der Solidaritätszuschlag – kurz ‚Soli‘ genannt – muss bleiben. Denn immer noch drücken Deutschland hohe Schulden. In vielen anderen Ländern auf der Welt erleben wir gerade, wohin eine zu hohe Verschuldung führen kann. Deshalb braucht der Staat das Geld aus dem Soli, um endlich von den angehäuften Alt-schulden runter zu kommen“, schreibt Dauderstädt und weiter: „Natürlich muss sichergestellt werden, dass das Geld auch wirklich in den Schuldenabbau gesteckt wird. Deshalb wäre es richtig, den ‚Soli‘ genau an diesen Zweck zu binden. Denn bisher versickert das so eingenommene Geld im allgemeinen Haushalt des Bundes.“

Der Abbau der Staatsschulden, insbesondere die Altschulden, sei eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. „Deshalb ist der ‚Soli‘, der von allen Bundesbürgern gezahlt wird, genau das richtige Instrument dafür. Auch der Name ist passend: Der Abbau der Schulden ist gelebte Solidarität mit unseren Kindern. Wir dürfen

nicht auf ihre Kosten weiter auf Pump leben. Im Moment nimmt Deutschland so viele Steuern ein wie nie zuvor. Die Kreditkosten, also die Zinsen, die Deutschland für geborgtes Geld zahlen muss, sind sehr gering. Teilweise zahlen Investoren sogar dafür, dass sie ihr Geld im ‚sicheren Hafen‘ Deutschland parken dürfen. Aber: Erstens gibt es keine Garantie dafür, dass das immer so bleibt.

Zweitens schaffen wir es trotz dieser guten Bedingungen nicht, unsere Haushalte auszugleichen. Das gilt für den Bund und besonders für die Länder, die darüber hinaus noch mit der Schuldenbremse zu kämpfen haben. Unter diesen Vorzeichen auf die Einnahmen aus dem Soli zu verzichten wäre falsch. Sie müssen gezielt in den Schuldenabbau gesteckt werden. Denn nur so hat Deutschland die Möglichkeit, auch in die Zukunft zu investieren: in Bildung, in Sicherheit, in Gesundheit, in Infrastruktur“, so Dauderstädt.  
(03/13/13)

## **dbb jugend zu Gleichstellung: Staat macht sich unglaublich**

**(dbb) Die dbb jugend fordert bei der Gleichstellung mehr Engagement der öffentlichen Arbeitgeber. „Es ist schon blamabel, wenn die Bundesregierung von der Privatwirtschaft Frauenquoten verlangen will, der Staat als Arbeitgeber jedoch in Sachen Frauen in Führungspositionen genauso dramatisch hinterher hängt wie der Rest des Arbeitsmarktes“, sagte die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe am 2. April 2013 in Berlin.**

So belege eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dass gerade einmal 11,2 Prozent der Vorstandsposten der Unternehmen des Bundes weiblich besetzt seien, berichtete Kothe, in den Bundesländern sogar nur 8,4 Prozent der Chefposten. „Einsam an der Spitze – einen treffenden Titel hätten die Autoren der Studie wahr-

lich nicht finden können“, so Kothes Kommentar. „Der Staat macht sich unglaublich, wenn er bei einem auch volkswirtschaftlich so wichtigen Thema wie der beruflichen Gleichstellung nicht mit gutem Beispiel vorangeht“, kritisierte die dbb jugend-Chefin.  
(04/13/13)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **DBB NRW: „Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren“**

**(dbb) Mit zahlreichen Veranstaltungen wollen der DBB NRW und seine Mitgliedsgewerkschaften in den kommenden Wochen gegen die Pläne der nordrhein-westfälischen Landesregierung protestieren, das Tarifergebnis für die Landesbeschäftigten nicht eins zu eins auf den Beamtenbereich zu übertragen.**

Darauf haben sich am 22. März 2013 die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften im Beamtenbund verständigt, teilte der DBB NRW mit. „Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren“, sei die einhellige Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Treffen in Düsseldorf gewesen. Gemeinsam mit DGB und Deutschem Richterbund wird der nordrhein-westfälische Beamtenbund die Protestveranstaltungen koordinieren.

„Auch rechtliche Schritte sind natürlich nicht ausgeschlossen“, sagte der Landesvorsitzende des DBB NRW, Meinolf Guntermann. Derzeit werde geprüft, welche juristischen Schritte in Angriff genommen werden sollen. Über die Termine der Protestveranstaltungen will der DBB NRW auf seiner Website informieren.

Während Tarifbeschäftigte in NRW ab 1. Januar 2013 2,65 Prozent, ab 1. Januar 2014 weitere 2,95 Prozent lineare Anhebung des Einkommens bekommen, plant die Landesregierung für die Beamten: Bis zur Besoldungsgruppe A 10 eine Übertragung des Tarifergebnisses, für die Besoldungsgruppen A 11 und A 12 jeweils ein Prozent für 2013 und 2014, allen anderen Beamtinnen und Beamten soll eine weitere Nullrunde zugemutet werden.

Unter dem Motto „Köln steht auf - gegen eine Politik der Lügen und der mangelnden Wertschätzung und für eine 1:1 Übernahme des Tarifergebnisses für den gesamten Beamtenbereich“ soll es am 11. April eine Protestkundgebung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus Köln und Umgebung geben. (05/13/13)

### **dbb mecklenburg-vorpommern: Wir brauchen Übernahme des Tarifergebnisses eins zu eins**

**(dbb) Der dbb mecklenburg-vorpommern strebt weiterhin die unveränderte Übertragung der im März 2013 für Landesangestellte vereinbarten Tariferhöhung auf die 15.000 Beamten im Nordosten an. „Das Kieler Modell mit Abstrichen bei höheren Gehaltsgruppen und längeren Laufzeiten ist für uns nicht erstrebenswert. Das wäre eine Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung. Unser Favorit ist klar die Hamburger Variante mit einer Eins-zu-eins-Übernahme der Regelung, die für die Angestellten gilt“, sagte der Landesvorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, am 1. April 2013.**

Für den 15. April sei eine erste Sondierung mit Finanzministerin Heike Polzin (SPD) geplant. Während ebenfalls SPD-geführte Länder wie Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bereits sozial gestaffelte Übernahmemodelle angekündigt haben, hält sich die SPD/CDU-Regierung Mecklenburg-Vorpommerns zu ihren Plänen noch bedeckt. Am 9. März waren für

die bundesweit 800.000 Länderangestellten die Bezüge rückwirkend zum 1. Januar um 2,65 Prozent angehoben worden. Eine weitere Erhöhung um 2,95 Prozent wird von Januar 2014 an wirksam. Im Nordosten profitieren davon etwa 25.000 Beschäftigte. (06/13/13)

## NBB begrüßt Beschluss zum Urlaub für Beamte

**(dbb) Der niedersächsische Beamtenbund NBB hat die Entscheidung der Landesregierung begrüßt, das Ergebnis der Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder vom 9. März 2013 zur Regelung des Erholungsurlaubs auf die Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen zu übertragen. Damit sei eine NBB-Forderung aufgenommen worden, erklärte der Landesbund am 4. April 2013.**

Für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten bedeutet dies, dass sie künftig 30 Urlaubstage im Jahr erhalten werden. Entsprechend der Regelung für Auszubildende im Ta-

rifvertrag sollen Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Anspruch auf 27 Urlaubstage haben.  
(07/13/13)

## dbb berlin: Wowerit soll sich für Beamte einsetzen

**(dbb) In die Diskussion um die Anhebung der Beamtengehälter in Berlin soll sich nach Ansicht des dbb berlin der Regierende Bürgermeister Klaus Wowerit (SPD) einschalten. Das hat der Landesvorsitzende Joachim Jetschmann gefordert.**

„Wowerit hält sich bisher immer zurück“, sagte Jetschmann der „Berliner Morgenpost“ (Ausgabe vom 30. März 2013). „Das geht so nicht weiter, Wowerit muss sich klar äußern und bekennen, was machbar ist.“

Der dbb berlin fordert eine Angleichung an das Besoldungsniveau anderer Bundesländer. Gegenüber Ländern wie Hessen oder Thüringen zahlt Berlin laut Landesbund rund 15 Prozent weniger Geld an seine Staatsbediensteten.

Die Auseinandersetzung um die Besoldung der Berliner Beamten hatte durch die Tarifrunde für die Angestellten der Länder neue Nahrung erhalten. Die Berliner Tarifbeschäftigten erhalten in zwei Schritten 5,6 Prozent mehr Lohn und eine schrittweise weitere Anpassung an das Bundesniveau bis 2017. Die Beamten fordern vom Senat, Gleiches auch für sie umzusetzen.  
(08/13/13)

## dbb saar fordert Steuererhöhungen zum Schuldenabbau und Erhalt eines funktionsfähigen öffentlichen Dienstes

**(dbb) Der dbb saar hat Steuererhöhungen zum Schuldenabbau und zum Erhalt eines funktionsfähigen öffentlichen Dienstes gefordert. Landesvorsitzender Ewald Linn unterstützte den Vorschlag der saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer, den Spitzensteuersatz zu erhöhen.**

Darüber hinaus fordert der dbb den Erhalt des Solidaritätszuschlages. „Es ist zwar richtig, dass Deutschland derzeit die höchsten Steuereinnahmen hat, es hat aber auch die höchste Staatsverschuldung. Deshalb müssen Steuererhöhungen und Sondersteuern wie der Soli in den Abbau der Staatsschulden gesteckt werden“, so Linn am 28. März 2013. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse als einziges Instrument der Haushaltskonsolidierung reiche nicht aus. „Ohne Abbau der Alt-schulden und Zinsschulden wird dieses Politikmanöver nicht zum Ziel führen. Insbesondere

das Haushaltsnotlageland Saarland leidet unter den strengen Auflagen der Schuldenbremse. Das Ergebnis der Schuldenbremse darf nicht eine handlungsunfähige öffentliche Verwaltung durch einen radikalen Stellenabbau sein mit Beschäftigten, die ständig von der Einkommensentwicklung abgekoppelt werden. Deshalb ist der Abbau der Staatsschulden, insbesondere der Alt-schulden, eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft“, so Linn. Die Politik müsse jetzt handeln.  
(09/13/13)

---

## DPHV und VDR sehen Baden-Württembergs Schulen „auf dem Weg in die Mittelmäßigkeit“

**(dbb) Mit großer Sorge sehen die Verbandsvorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, und des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, die schulpolitische Entwicklung in Baden-Württemberg.**

Die von der dortigen Landesregierung bereits ergriffenen oder geplanten bildungspolitischen Maßnahmen würden nach Ansicht beider Verbände nicht nur zu einer Zerstörung und inneren Aushöhlung erfolgreicher Schularten wie der Realschule und des Gymnasiums führen, sondern mittel- und langfristig zu einem gewaltigen Qualitäts- und Niveauverlust.

Die Reformvorschläge der so genannten Expertenkommission zur Lehrerbildung seien ein „beispielloser Versuch, durch die Etablierung eines Einheitslehrers für die Mittel- und Oberstufe aller Schulen Schulartprofile einzuebnen und damit auch die Stärken eines differenzier-ten Schulwesens auszuhebeln“, so Meidinger und Böhm in ihrer Erklärung vom 3. April 2013. Das Ziel sei klar: Durch die von der Landesregierung geförderte und bereits jetzt ausstattungsmäßig bevorzugte Gemeinschafts- schule sollen Realschulen und Gymnasien ausgetrocknet werden.

Böhm betonte: „Die erfolgreiche Schulart Realschule war und ist seit Jahrzehnten untrennbar mit der Stärke der Bildung in Baden-

Württemberg verbunden. Die Stärke des Südens der Bundesrepublik in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht baut nicht zuletzt auf die Erfolge der erfolgreichen Realschulabsolventen auf.“

Meidinger sagte: „Die Behauptung der Expertenkommissionsvorsitzenden Volkholz, die neue Einheitslehrausbildung werde sich an gymnasialen Standards orientieren, ist eine reine Augenwischerei. Im Grunde geht es darum, die bisher in Baden-Württemberg hoch gehaltene Fachlichkeit der gymnasialen Lehrerbildung auszuhebeln, um über kurz oder lang das Gymnasium mit der Gemeinschafts- schule zu verschmelzen.“

Beide Verbände kündigten im Vorfeld der Bundestagswahl eine bundesweite Aufklärungskampagne über die fatalen Auswirkungen der in Baden-Württemberg und einigen anderen Bundesländern betriebenen, gegen Realschulen und Gymnasien gerichteten Bildungspolitik an.  
(10/13/13)

## BDF gegen Streichung des Waldklimafonds

**(dbb) Nach einer Streichliste des Bundesumweltministeriums (BMU) ist geplant, den Waldklimafonds zu streichen. Nach Auffassung des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) verabschiedet sich die Bundesregierung damit „sang- und klanglos vom Klima- und Waldschutz“. Gleichzeitig führe sie die eigenen Strategien zum Schutz der Biodiversität und des Waldes ad absurdum, so der BDF am 27. März 2013.**

Der BDF forderte die Bundesregierung auf, die Finanzierung des Waldklimafonds abzusichern. „Dies ist zwingend, um die Wälder vor den Folgen des Klimawandels zu schützen und die Leistungen des Waldes für den Klimaschutz

aufrecht zu erhalten. Ins Jahr der Nachhaltigkeit gehören verantwortungsvolle Entscheidungen“, sagte der BDF-Bundesvorsitzende Hans Jacobs.  
(11/13/13)

---

## ***Namen und Nachrichten***

(dbb) Schneller, übersichtlicher, aktueller – so präsentiert sich die neu gestaltete Website der **dbb** bundesfrauenvertretung, auf der sich mehr erfahren lässt über die frauenpolitische Gewerkschaftsarbeit im dbb. Eine nutzerfreundliche Navigation und die neue Suchfunktion erleichtern die Recherche:  
[www.frauen.dbb.de](http://www.frauen.dbb.de).

Die Krise in Europa erstreckt sich auf fast alle Lebensbereiche. „Viele Menschen sind mittlerweile selbst in existenzbedrohende Krisen geraten. Die langfristigen Folgen sind kaum abzuschätzen“, warnte **Siglinde Hasse**, Vorsitzende der dbb Grundsatzkommission für Sozialpolitik am 22. März 2013 in Brüssel. So seien viele alte Gewissheiten ins Schwanken geraten. „In einigen Mitgliedsländern liegt die Jugend Arbeitslosigkeit über 50 Prozent. Dem ist mit bisherigen Mitteln nicht beizukommen“, so Hasse. In dieser Situation müsse vor allem europäische Solidarität gezeigt werden. „Kein Land kann in Europa für sich alleine erfolgreich sein, es ist verheerend, wenn der Eindruck entsteht, dass ein Land von der Krise der anderen profitiert.“ Hasse wurde auf der Sitzung der Sozialrechtskommission SOC der CESI am 22. März zu deren Vizepräsidentin gewählt, die Nachfolge Klaus Dauderstädts als SOC-Präsident tritt die Portugiesin Maria Geada Seane an.

Nach der öffentlichen Verhöhnung eines bei einem Hubschrauberabsturz getöteten Bundespolizisten durch Fußballfans hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Strafen für die Täter gefordert. Fans mehrerer Vereine hatten sich auf Plakaten über den in Berlin verunglückten Beamten lustig gemacht. „Dieses Verhalten ist an Rohheit nicht zu überbieten und stellt auch die Frage, warum es von den Vereinen nicht rigoros unterbunden wird“, sagte **Hans-Joachim Zastrow**, 2. Vorsitzender der DPoIG, am 3. April 2013. Die Einzeltäter seien zu ermitteln, strafrechtlich zu belangen und mit einem Stadionverbot zu belegen. Bei einer Großübung der Bundespolizei für einen möglichen Einsatz gegen randalierende Fußballfans waren Ende März bei dichtem Schneetreiben zwei Hubschrauber in der Nähe des Berliner Olympiastadions bei der Landung zusammengestoßen. Ein Pilot starb dabei, zudem wurden mehrere Polizisten verletzt. Fans von Rot-Weiß Essen, des FSV Zwickau und von Hansa Rostock hatten seitdem bei Spielen die kritisierten Plakate gezeigt. Die Vereine aus Essen und Rostock entschuldigten sich mittlerweile für ihre Fans.  
(12/13/13)